

II-1898 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 913/J

A N F R A G E

1984-09-19

der Abgeordneten Dr.Kohlmaier
und Kollegen
an den Bundesminister für soziale Verwaltung
betreffend Stellenwert der Eigenvorsorge

In der "Österreichischen Bürgermeister-Zeitung" Juli 1984 behandelt der sozialistische Abgeordnete Dr.Schranz, welcher bekanntlich als Sprecher für Sozialfragen seiner Partei fungiert, einige Fragen unter dem Titel "Eigenvorsorge statt Sozialversicherung wäre unsozial". Er wendet sich dabei auch ausdrücklich gegen Eigenvorsorge "als Zusatz zur Sozialversicherung", weil sie nur aus Profitinteressen propagiert werde, unsozial wäre und den Staat erheblich mehr belasten würde. Schließlich verurteilt Dr.Schranz die Schaffung zusätzlicher Steuerbegünstigungen für Privatversicherungen, weil "bloß eine kleine Schicht von Beziehern sehr hoher Einkommen die Möglichkeit hätte, die Mittel für eine Privatversicherung aufzubringen".

Im Gegensatz dazu hat es in der Vergangenheit eine Reihe von Aussagen prominenter Sozialisten gegeben, welche der Eigenvorsorge doch einen bedeutenden Platz im Gesamtsystem der Sozialen Sicherheit zuweisen.

So erwähnt Fritz Klenner in der ÖGB-Zeitschrift "Solidarität" vom Oktober 1982, daß im Rahmen von Reformen zur Überlegung stehe, " ob nicht die Bürger selbst aktiviert werden sollten, um durch Eigenvorsorge die öffentlichen sozialen Ausgaben einschränken und die öffentlichen Dienste entlasten zu helfen".

Der Bundesminister für Finanzen, Dr.Salcher, erwähnte in einem grundlegenden Referat vor der Hauptversammlung des

- 2 -

Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger am 24.Mai 1982, daß eine solidarische Gesellschaft "eine mögliche Eigen-
vorsorge vorsehen muß". In der Zeitschrift "Arbeit & Wirt-
schaft" vom Mai 1982, welche bekanntlich von den großen
Interessensvertretungen der Dienstgeber herausgegeben wird,
behandelt Dr.Hans Reithofer die Eigenvorsorge unter einem
anderen Aspekt, nämlich als Folge des sozialpolitischen
Zieles, die Sozialversicherung hinkünftig stärker auf
Einkommensschwächere zu konzentrieren.

Weitere Beispiele für derartige Standpunkte ließen sich
in größerer Zahl anführen.

Die gefertigten Abgeordneten sind der Meinung, daß es einem modernen sozialpolitischen Denken entspricht, die elementaren Risiken in einem gut organisierten und prinzipiell kompletten Sozialversicherungssystem abzudecken, aber doch auch seitens des Staates Anreize zu schaffen, eine zumutbare Eigenvorsorge als Ergänzung der gesetzlichen Versicherung vorzusehen.

Da die Beurteilung dieser Anfrage von prinzipieller Bedeutung ist, stellen die gefertigten Abgeordneten an den Bundesminister für soziale Verwaltung folgende

A n f r a g e :

- 1.) Teilen Sie die Auffassung des Abg. Dr.Schranz, daß Eigenvorsorge als Zusatz zur Sozialversicherung lediglich Profitinteressen dient und unsozial ist ?
- 2.) Teilen Sie die Auffassung des Abg. Dr.Schranz, daß sich bloß eine kleine Schicht von hohen Einkommensbeziehern eine Privatversicherung leisten kann und daher eine Begünstigung solcher Versicherungen den Bund stärker belasten würde als die Zuschüsse zur Pensionsversicherung ?
- 3.) Welchen Stellenwert räumen Sie ergänzender Eigenvorsorge im System der Sozialversicherung ein ?